

CHRISTIAN KEUSCHNIGG

Kooperation statt Eigennutz

Die Auswirkungen des zur Abstimmung stehenden Brexit wären für Großbritannien sehr negativ, für die EU jedoch überschaubar.

Großbritannien debattiert. Ist der Austritt (Brexit) oder der Verbleib in der EU die bessere Wahl? Je nach Umfrage führen die Befürworter des Verbleibs mit fünf Prozentpunkten, aber es gibt zwölf Prozent Unentschlossene. Die Befürworter betonen die ökonomischen Risiken des Austritts, die Gegner kritisieren die Einschränkungen der nationalen Autonomie und die Probleme mit der Zuwanderung.

ÖKONOMISCHE FOLGEN. Als Großbritannien 1973 der Gemeinschaft beitrug, lag der Anteil der damaligen EG am britischen Außenhandel bei einem Drittel. Seitdem haben der Abbau von Zöllen und nichttarifären Handelsbarrieren, die Vereinheitlichung von Produktstandards und die EU-Wettbewerbspolitik den beidseitigen Marktzugang enorm erleichtert. 2014 entfielen 45 Prozent der britischen Exporte und 53 Prozent der Importe auf die EU. Daraus folgen hohe Wohlstandsgewinne, weil der EU-weite Wettbewerb durch sinkende Preise die Kaufkraft stärkt und die Konsumenten sich über eine bessere Auswahl aus der reichen Produktvielfalt ganz Europas freuen. Der bessere Marktzugang erleich-

tert die Spezialisierung der britischen Wirtschaft auf jene Bereiche, wo sie Qualitäts- und Kostenvorteile verbuchen und höhere Wertschöpfung erzielen kann. Umgekehrt müssen andere Branchen schrumpfen, wenn EU-Importe besser und billiger sind.

Ein Brexit würde diesen Prozess umkehren und der britischen Wirtschaft Einkommens- und Kaufkraftverluste bescheren. Wie hoch diese Verluste sind, hängt davon ab, ob die EU nach dem Austritt Großbritannien wie ein Drittland behandelt und wieder Zölle erhebt.

In diesem pessimistischen Fall könnte Großbritannien zwar die Nettozahlungen (Beiträge nach Abzug erhaltener EU-Gelder) von 0,31 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) einsparen – Großbritannien steuert etwa 20 Prozent der Nettozahlungen an den EU-Haushalt bei. Die Forscher des Centre for Economic Policy Research (CEPR) berechnen jedoch einen dauerhaften Rückgang des britischen Pro-Kopf-Einkommens von 2,6 Prozent des BIP.

Im optimistischen Fall kann Großbritannien einen bevorzugten Marktzugang wie Norwegen und Schweiz aushandeln. Dafür müssen diese Länder erhebliche Zahlungen leisten – pro Kopf entsprechen die Nettozahlungen Norwegens etwa 80 Prozent des britischen Nettobeitrags. Die Einsparungen würden auf 0,1 Prozent des BIP schrumpfen. In diesem Fall bezieren die Forscher die Einkommensverluste nur mehr mit 1,3 Prozent.

Mit Direktinvestitionen bauen multinationale Unternehmen die Produktion

in den Standortländern aus, um die nationalen und umliegenden Märkte schneller und billiger zu bedienen. CEPR-Forscher haben berechnet, dass von allen Direktinvestitionen, die zwischen 1985 und 2013 nach GB geflossen sind, etwa 28 Prozent auf die EU-Mitgliedschaft zurückzuführen sind. Ein Brexit wäre also ein gewaltiger Verlust an Standortattraktivität. Zudem zwingt der EU-weite Wettbewerb die Unternehmen zu mehr Innovation, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Die Innovationsfähigkeit hängt kritisch vom freien Marktzugang ab. Das macht die Teilnahme am gemeinsamen Markt zur Wachstumslokomotive. Die dynamischen Handelsgewinne betragen das Zwei- bis Dreifache der statischen Ekte. Je nach Szenario bezieren daher die CEPR-Forscher die Wachstumsverluste auf insgesamt 6,3 bis 9,5 Prozent des BIP jährlich.

KAUM JOBVERLUSTE. Die Zuwanderung ist politisch das heißeste Eisen. Während die EU die gemeinsamen Grenzen schützen und Einwanderung von außen filtern kann, gehört die Personenfreizügigkeit innerhalb der EU zu den Grundprinzipien. Seit der EU-Erweiterung 2004 und der Osterweiterung 2007 ist die Zahl der EU-Ausländer in Großbritannien auf mehr als drei Millionen gestiegen und hat sich verdoppelt. Jobverluste sind weitgehend ausgeblieben, mit Unterschieden nach Branchen und Berufen. Allerdings mussten britische Arbeitnehmer mit geringer bis mittlerer Qualifikation im Dienstleistungsbereich leichte Lohnverluste von etwa einem Prozent hinnehmen. Dieser Eekt dürfte im Vergleich zu den jährlichen Lohnsteigerungen unterhalb der Wahrnehmungsschwelle liegen.

Auch der „Sozialtourismus“ ist wenig bedeutsam. Die Wohlfahrtszahlungen

CHRISTIAN KEUSCHNIGG ist Professor für Nationalökonomie an der Universität St. Gallen und leitet das Wirtschaftspolitische Zentrum in Wien, www.wpz-fgn.com.





EU-AUSTRITTS-BEFÜRWORDER und -gegner machen in Großbritannien derzeit Stimmung für ihr Anliegen. Abgestimmt wird am 23. Juni. Laut Umfragen liegen die Befürworter eines Verbleibs in der EU knapp voran, allerdings gibt es auch noch zwölf Prozent Unentschlossene.

sind weder ein spürbarer Magnet für Zuwanderung, noch fallen sie skalisch ins Gewicht, da Zuwanderer britische Sozialleistungen seltener beanspruchen als Einheimische und die Unterstützung meist erst nach einer Wartezeit möglich ist.

Die populäre Wahrnehmung der Einwanderung steht in keinem Verhältnis zu den tatsächlichen Folgen. Die Handelsverluste eines Brexits würden den britischen Arbeitnehmern weit mehr schaden als die Konkurrenz von Zuwanderern.

ÜBERSCHAUBARE VERLUSTE. Großbritannien zählt 65 Millionen Einwohner, das sind 12,8 Prozent der EU-28-Bevölkerung. Das Land erwirtschaftet circa 16 Prozent des EU-28-BIP. Die Folgen eines Brexits für die übrige EU wären negativ, aber überschaubar. Zwar könnten einige Länder sich etwas vom Kuchen abschneiden, den Großbritannien aufgeben würde, und etwas mehr Handel und Direktinvestitionen auf sich ziehen. Europäische Finanzplätze könnten der Finanzmetropole London teilweise lukratives Geschäft abjagen. Andererseits würde der gemeinsame Markt um 16 Prozent schrumpfen und damit an Attraktivität verlieren.

Ökonomen schätzen, dass ein Rückgang des beidseitigen Handels um zehn Prozent das BIP der übrigen Mitglieder um etwa 0,05 Prozent absenken würde. Es käme auch zu einigen Vermögensverlusten in Europa, da Unternehmen und Banken stark in Großbritannien investiert sind. Rechnet man die dynamischen Handelseffekte und die Unsicherheiten nach dem Brexit dazu, könnte der BIP-Verlust auf 0,2 Prozent steigen. Das liegt im Schwankungsbereich von Konjunkturprognosen.

KURZSICHTIGE WAHRNEHMUNG. Warum gibt es diese EU-Skepsis, wenn die Vorteile einer EU-Mitgliedschaft so groß sind? Die Wahrnehmung ist leider kurzfristig und einseitig. Erstens überwiegen zuerst die Nachteile, während die Vorteile nur langsam eintreten. Importkonkurrenz und Beschäftigungsverluste sind sofort da, während die Exportkapazitäten erst aufgebaut werden und die so geschaffenen Jobs nur langsam entstehen.

// Warum gibt es diese EU-Skepsis, wenn die Vorteile einer EU-Mitgliedschaft so groß sind? Die Wahrnehmung ist leider kurzfristig und einseitig. //

Aber es gibt kein Wachstum ohne Investition und Geduld.

Zweitens sind die Kosten sichtbarer und leichter zu quantifizieren, während die Vorteile diffus und unsicher sind, weil sie später anfallen. Aber niemand ist je reich geworden, ohne etwas zu wagen.

Drittens soll die EU Wohlfahrtsgewinne realisieren, die im Alleingang nicht möglich wären. Aber die Vorteile des gemeinsamen Marktes sind nicht möglich, ohne ein Stück Souveränität aufzugeben. Besonders verlockend ist es, am gemeinsamen Markt teilzunehmen, ohne dafür zu zahlen. Wenn alle zu Trittbrettfahrern werden, ist die Kooperation zu Ende.

Nationale Alleingänge zu bekämpfen und die Mitglieder auf Kooperation einzuschwören ist die Herausforderung der EU. Das Risiko für Großbritannien ist, dass die EU bei einem ausgetretenen Land eine härtere Haltung einnimmt als gegenüber Schweiz oder Norwegen, die nie beigetreten sind. Die harte Haltung

soll andere EU-kritische Mitglieder abschrecken. Um den Club zusammenzuhalten, möchte sie die Vorteile des großen Binnenmarktes ihren Mitgliedern exklusiv vorbehalten. So kann sie einen Anreiz zu Kooperation anstatt Eigennutz setzen. ■